

## Kurzbericht

### Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(37. Sitzung am 11. März 2026)

#### Tagesordnung:

1. a) **Ausweitung der freien Heilfürsorge auf Beamte des Justizvollzugs in Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9256](#)

- b) **Arbeitsbedingungen für den Justizvollzug grundlegend und umfassend auf den Prüfstand stellen - freie Heilfürsorge für Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugs einführen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9610](#)

Der Unterausschuss bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu den obigen Anträgen in seiner für den 3. Juni 2026 geplanten Sitzung. Einbezogen werden soll - insofern eine entsprechende Überweisung durch den federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen erfolgt - der Antrag „Justizvollzug als moderner und attraktiver Arbeitgeber - beschrittenen Weg fortsetzen, Attraktivitätssteigerungen ausloten“ in der [Drs. 19/9957](#).

2. **Unterrichtung über besondere Vorkommnisse im Niedersächsischen Justizvollzug**

Der Unterausschuss nimmt die Unterrichtung teils in **nicht öffentlicher Sitzung**, teils in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führt darüber eine Aussprache.